

Sitzungsniederschrift

18. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

| | | |
|---|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich | | |
| Sitzungsdatum: 22.08.2024 | Sitzungsbeginn: 15:01 Uhr | Sitzungsende: 16:51 Uhr |

| Mitglieder / Anwesende | Fraktion / Gruppe | Funktion Anmerkung |
|------------------------|------------------------|--|
| Mitglieder | | |
| Altmann, Gila | GRÜNE | |
| Bargmann, Bodo | CDU/FDP | |
| Harm-Rehrmann, Angela | SPD | |
| Harms, Antje | SPD | |
| Jacobsen, Alfred | SPD | |
| Jelken, Friedhelm | CDU/FDP | Stellv. Vorsitzender |
| Krüsmann, Enno | SPD | |
| Meyerholz, Hans-Gerd | FW im Landkreis Aurich | |
| Stange, Axel | SPD | |
| Weilage, Udo | CDU/FDP | Vertretung für Herrn Arnold Gossel |
| Weiss, Edgar | FW im Landkreis Aurich | |
| Wimberg, Theo | SPD | |
| Grundmandat | | |
| Looden, Jan | AfD | |
| Verwaltung | | |
| Flohr, Dagmar | | Kreisrätin |
| Hanekamp, Nicole | | Leiterin der Zentralen Finanzverwaltung |
| Weimer, Doris | | Stellv. Leiterin der Zentralen Finanzverwaltung, Protokollführerin |

Nicht anwesend:

Vorsitz

Gossel, Arnold CDU/FDP

Mitglieder

Buschmann, Saskia CDU/FDP

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.05.2024
5. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.06.2024
6. Einwohnerfragestunde
7. Zweiter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2024
8. Bericht der Beteiligungen zum Zweiten Quartal 2024
Vorlage: X-MV/2024/030
9. Anpassung der Beteiligungsrichtlinie
Vorlage: X/2024/125
10. Bericht aus der "Interfraktionellen Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung"
11. Haushaltsplanung 2025
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
14. Einwohnerfragestunde
15. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Jelken eröffnete um 15.01 Uhr die 18. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Jelken stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Weilage vertrat den Abgeordneten Gossel.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Abgeordneter Weiss sprach an, dass er das Bedürfnis nach einer Vorbesprechung der jeweils anstehenden Sitzung habe. **Vorsitzender Jelken** wies darauf hin, dass jede Fraktion das Recht auf Vorbesprechung habe, dieser Wunsch sei mit der Verwaltung zu kommunizieren.

Kreisrätin Flohr bestätigte dies und spiegelte, dass die Verwaltung allen Fraktionen zur Vorbesprechung zur Verfügung stünde.

Sodann wurde die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.05.2024**

Abgeordneter Meyerholz gab an, eine Wortmeldung des Landrates zur fehlenden Durchschlagskraft des Landkreises im Zuge der Haushaltskonsolidierung zu vermissen. Innerhalb der Arbeitsgruppe werde mit viel Arbeitseinsatz auf Einsparmöglichkeiten hingewiesen, dass der Landrat diese Bemühungen durch diese Aussagen herabwürdigt, halte er für äußerst kritisch.

Frau Weimer gab an, dass der Hinweis bereits vom Abgeordneten Meyerholz an die Verwaltung herangetragen worden sei und die Prüfung der Niederschriften ergeben habe, dass eine persönliche Haltung des Landrats lediglich in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ geäußert worden sei. **Abgeordneter Meyerholz** erwiderte, dass in diesem Fall die Anwesenheitsliste der entsprechenden Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe zu korrigieren sei, da der Landrat dort nicht aufgeführt sei. **Kreisrätin Flohr** teilte mit, dass die Verwaltung die Anwesenheit des Landrates prüfen und ggf. ergänzen werde. Da ein Ergebnisprotokoll geführt werde, könnten persönliche Ansichten Einzelner nicht festgehalten werden.

Die **Abgeordneten Wimberg** und **Bargmann** trugen vor, dass unabhängig von der persönlichen Haltung des Landrats alle Seiten gefordert seien, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Hinweis der Verwaltung:

Die Anwesenheit des Landrats in der Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ am 15.04.2024 wird ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.06.2024

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 7 Zweiter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2024

Frau Hanekamp stellte den Budgetbericht für das zweite Quartal 2024 anhand der angefügten Präsentation (Anlage 1) vor.

Abgeordneter Meyerholz erkundigte sich nach dem Ende der Pilotierungsphase der Zentralen Vergabestelle. **Kreisrätin Flohr** entgegnete, dass die Zentrale Vergabestelle fortdauernd mit personellen Problemen zu kämpfen habe. Der Ausschuss für Personal, Organisation und Gleichstellung habe mit seiner Entscheidung, eine unbefristete Elternzeitvertretung zuzulassen, die Rahmenbedingungen geschaffen, eine geeignete Bewerberin zu finden. Diese sei dann jedoch gesundheitlich ausgefallen. Eine zweckbefristet zur Vertretung beschäftigte Mitarbeiterin habe kürzlich den Dienst angetreten. Eine dauerhaft ausreichende personelle Ausstattung sei Voraussetzung für den Erfolg der Zentralen Vergabestelle.

Abgeordnete Altmann bat um Auskunft, welche personelle Ausstattung für die Zentrale Vergabestelle erforderlich sei. **Kreisrätin Flohr** teilte mit, dass derzeit zwei Vollzeit-äquivalente für die Aufgabenerfüllung eingesetzt seien, was aktuell auch als auskömmlich erachtet werde.

Abgeordneter Meyerholz bat um Erläuterung der Hintergründe zu den Minderaufwendungen im Inneren Dienst. **Kreisrätin Flohr** führte aus, dass bei der Haushaltsplanung die Fortführung der Zusammenarbeit mit einer Kanzlei eingeplant war, deren Dienste man nicht im ursprünglich angenommenen Umfang benötigt habe, da die Aufgaben von den Mitarbeitenden des Inneren Dienstes erfüllt worden seien.

Abgeordnete Altmann hinterfragte die Hintergründe zu den Mehrerträgen im Produktbereich „Jagd, Waffen, Sprengstoff“. **Frau Hanekamp** erläuterte, dass die Jagderlaubnisscheine regelmäßig neu zu beantragen seien und die Zahl der Anträge über den Erwartungen läge. **Kreisrätin Flohr** ergänzte, dass in diesem Produktbereich Aufgaben von den Städten Aurich und Norden auf den Landkreis Aurich übergegangen seien.

Ferner bat **Abgeordnete Altmann** um Mitteilung des Finanzvolumens in diesem Produkt.

Anmerkung der Verwaltung:

Auf Basis des Haushaltsplanes 2024 beläuft sich das Finanzvolumen auf 208 T€ Erträge und rd. 237 T€ Aufwand (inkl. Personal- und Versorgungsaufwendungen).

Hinsichtlich der Abweichungen im Bereich des Amtes für Schulen und ÖPNV bat **Abgeordnete Altmann** um Auskunft, ob konzeptionelle Einflussmöglichkeiten im Bereich der Schülerbeförderung die entstehenden Abweichungen senken könnten. **Kreisrätin Flohr** führte aus, dass die Einflussmöglichkeiten der Verwaltung gering seien soweit Rechtsansprüche bedient werden müssten. U. a. die Auswirkungen der Flüchtlingsunterbringung und der Wegfall der Förderschulen würden zu finanziellen Mehrbelastungen führen.

Abgeordneter Bargmann bat um Auskunft zum durchschnittlichen Kostensatz pro Einzelbeförderung zur Schule. **Kreisrätin Flohr** entgegnete, dass diese Fragestellung – ebenso die Frage der konzeptionellen Einflussmöglichkeiten – vorrangig im zuständigen Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur zu beraten sei.

Abgeordnete Altmann erkundigte sich, ob im Zuge der zweiten Nachtragshaushaltsatzung die Möglichkeit von Fördermitteln geprüft worden sei. **Kreisrätin Flohr** entgegnete, dass dies geprüft worden sei, aber für die geplanten Instandhaltungsmaßnahmen keine Fördermittel zur Verfügung stünden.

Abgeordneter Bargmann appellierte an alle Fraktionen, angesichts der zu erwartenden Verschlechterung die Haushaltsberatungen ernst zu nehmen. Alle müssten auf Einsparmöglichkeiten hinwirken. Ferner führte **Abgeordneter Bargmann** aus, dass aus seiner Sicht auch schmerzhaftere Einschnitte erforderlich werden könnten.

Abgeordneter Wimberg teilte mit, dass die weitere Beschäftigung mit den freiwilligen Aufgaben zu keiner gravierenden Verbesserung führen würde. Den Fokus auf das Verwaltungshandeln zu legen, sei für ihn der bessere Weg.

Abgeordneter Weiss regte an, angesichts der Aufwandssteigerungen im Teilhaushalt Jugend und Soziales diesen Bereich in den Fokus zu nehmen. **Abgeordnete Altmann** entgegnete, dass Kürzungen in diesem Teilhaushalt kritisch zu sehen seien, da sie Personen treffen würden, die dringend auf Unterstützung durch das Fachamt angewiesen seien.

TOP 8 **Bericht der Beteiligungen zum Zweiten Quartal 2024**
Vorlage: X-MV/2024/030

Herr Krause stellte den Bericht der Beteiligungen anhand der Präsentation ([Anlage 1](#)) vor.

Abgeordneter Meyerholz bat um Auskunft, ob die Anmerkungen des Landesrechnungshofes zur Abrechnung des Schulpools Berücksichtigung gefunden hätten. **Herr Krause** erklärte, dass die Anmerkungen des Landesrechnungshofes aufgegriffen und bereits zum Anlass genommen worden seien, mit dem Landessozialamt eine abschließende Klärung herbeizuführen.

Hinsichtlich der Vermögensverwaltung der Pflege- und Betreuungszentren hinterfragte **Abgeordneter Meyerholz**, ob die Aufgaben im Kontext der Brandschutzmängel und die damit zusammenhängenden Aufwendungen überhaupt die dahinterstehende PBZ GmbH betreffen könnten. **Herr Krause** führte aus, dass jede Aufgabe gesondert zu prüfen sei. Investitionen am Gebäude im Bereich des Brandschutzes und daraus resultierende Aufwendungen seien auf Ebene der Vermögensverwaltung zu berücksichtigen. Aufwendungen aus der Umverlegung und Versorgung der Bewohner/innen fielen

auf Ebene der GmbH an, ebenso wie Aufwendungen für einen doppelten Personaleinsatz. Daher könnte sich das Ergebnis der GmbH aufgrund dieser nicht geplanten Aufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan verschlechtern. Seriös beziffern ließe sich die Ergebnisauswirkung allerdings noch nicht.

Abgeordneter Meyerholz bat um Erläuterung, ob alle Bewohner/innen des Helenenstifts in die Räumlichkeiten der Ubbo-Emmius-Klinik am Standort Norden umziehen würden. **Herr Krause** berichtete, dass bereits ein Teil der Bewohner/innen verlegt worden sei, weitere Bewohner/innen würden im September folgen. Ob tatsächlich irgendwann alle Bewohner/innen verlegt werden würden, sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar.

Abgeordnete Altmann stellte die Frage, ob die Schließung des Heimathafens bei dem zu erwartenden Betriebsergebnis bereits berücksichtigt sei. Ferner bat sie um Auskunft, welches Investitionsvolumen benötigt worden sei, um die freigewordenen Räumlichkeiten einer neuen Nutzung zuzuführen. **Herr Krause** gab an, dass die Schließung des Heimathafens aufgrund der späten Planerstellung bereits habe berücksichtigt werden können. Zur Frage, in welcher Höhe für die Nachnutzung erforderliche Investitionen getätigt wurden, wurde auf den Beirat der PBZ verwiesen.

Abgeordnete Harm-Rehrmann verließ die Sitzung um 16:08 Uhr.

Abgeordnete Altmann bat um Auskunft, ob hinsichtlich der Vertragssituation der Honorarkräfte im Bereich der Musikschule die Frage der Scheinselbstständigkeit abschließend geklärt sei. **Kreisrätin Flohr** teilte mit, dass diese Frage im Beirat Musikschule diskutiert worden sei und es seitdem keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich dieser Thematik gebe.

Abgeordneter Bargmann führte aus, dass das Quartalsergebnis der Musikschule nur aufgrund der Zuschüsse des Kreises ausgeglichen sei. Ohne die Zuschusszahlungen würde die Musikschule einen Jahresfehlbetrag ausweisen. **Abgeordneter Jelken** entgegnete, dass dies im Kontext der Musikschulen aus seiner Sicht so richtig sei. **Herr Krause** stimmte den Abgeordneten Bargmann und Jelken zu und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ab diesem Quartalsbericht die Zuschüsse, die der Landkreis an seine Beteiligungen zahlt, gesondert im Bericht ausgewiesen werden würden.

Abgeordneter Jacobsen verließ die Sitzung um 16:14 Uhr.

Hinsichtlich der Ausführungen zur Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH bat **Abgeordnete Altmann** um Erläuterung, wann mit dem Erhalt von Fördermitteln gerechnet werden könne. **Kreisrätin Flohr** teilte mit, dass die Fördermittel bereitstünden. Für eine Auszahlung müssten allerdings noch letzte grundbuchliche Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Klärung dieser Voraussetzungen sei allerdings kurzfristig zu erwarten.

TOP 9 **Anpassung der Beteiligungsrichtlinie**
Vorlage: X/2024/125

Abgeordneter Weiss regte an, die Beteiligungsrichtlinie unter Ziffer 4.3.1 (Unterjähriges Berichtswesen) im zweiten Absatz um den Punkt „Benennung von Maßnahmen zur künftigen Gegensteuerung“ zu ergänzen. **Kreisrätin Flohr** entgegnete, dass es Aufgabe des Beteiligungsmanagements sei, den Kreistag über die Lage der Beteiligungen zu

informieren. Die Gestaltung von Maßnahmen im Rahmen des Geschäftsbetriebes falle in die Zuständigkeit der einzelnen Beteiligungen. Insbesondere ein Eingriff in die unternehmerische Verantwortung der Geschäftsführung dürfe nicht erfolgen. Hier seien entsprechend auch die zuständigen Gremien innerhalb der Beteiligung (z.B. Beirat, Betriebsausschuss etc.) zu beteiligen, welche auch mit Kreistagsabgeordneten besetzt seien.

Abgeordneter Stange teilte mit, dass die Gremien der Einrichtungen und Gesellschaften hier inhaltlich gefragt seien.

Abgeordneter Stange stellte sodann einen Antrag zur Geschäftsordnung, ohne weitere Beratung über die Beschlussvorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Im Anschluss rief **Vorsitzender Jelken** zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Bericht aus der "Interfraktionellen Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung"**

Kreisrätin Flohr trug vor, dass innerhalb der interfraktionellen Arbeitsgruppe "Haushaltskonsolidierung" derzeit die Verwaltungsbemühungen im Fokus stünden. Konkrete Einsparungsvorschläge hätten zuletzt nicht erzielt werden können.

TOP 11 **Haushaltsplanung 2025**

Kreisrätin Flohr teilte mit, dass die Haushaltsplanung 2025 derzeit in den letzten Abstimmungen sei und der Terminplan aus Sicht der Verwaltung eingehalten werden könne. Zu den finanziellen Entwicklungen könne an dieser Stelle der Informationsveranstaltung des Kreistages nicht vorgegriffen werden.

Abgeordneter Looden fragte an, ob die Bezeichnung für die Informationsveranstaltung zum Haushalt 2025 am 26.09.2024 geändert werden könne. Es sei seiner Kenntnis nach schon dazu gekommen, dass Arbeitgeber eine Freistellung zum Sitzungstermin verweigert hätten.

Kreisrätin Flohr bat darum, sich in solchen Fällen bei ihr zu melden, damit Kontakt zum jeweiligen Arbeitgeber aufgenommen werden könne, um die Angelegenheit zu klären.

TOP 12 Mitteilungen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 13 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Die Abgeordneten Bargmann und Wimberg verließen die Sitzung um 16.50 Uhr.

TOP 14 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 15 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Jelken schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16:51 Uhr.

gez. Jelken
Vorsitzender

gez. Weimer
Protokollführerin